

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Alois Schroll,
Genossinnen und Genossen

betreffend echte Übergewinnsteuer statt permanenter Regierungspusch

eingebraucht in der Sitzung des Nationalrates am 25. Mai 2023 im Zuge der Debatte zu TOP 8
Antrag der Abgeordneten Mag. Andreas Hanger, Mag. Dr. Jakob Schwarz, BA, Kolleginnen und
Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Erdgasabgabegesetz, das
Elektrizitätsabgabegesetz und das Bundesgesetz über den Energiekrisenbeitrag-Strom geändert
werden (3373/A).

Die Österreichische Bundesregierung hat die Einführung einer echten Übergewinnsteuer immer
abgelehnt und versucht jetzt Nachbesserungen an ihrem schwachen Modell vorzunehmen, dass
für Unternehmen absolut keinen Anreiz bietet Preise zu senken anstatt ihre Gewinne zu
vervielfachen. Auch mit dem neuen Vorschlag wird es für Energiekonzerne problemlos möglich
sein, Energie zum vielfachen des Herstellungspreises und damit völlig überteuert an die
Menschen und Unternehmen in Österreich zu verkaufen, ohne auch nur im Ansatz von einer
Übergewinnsteuer betroffen zu sein. Viele Länder, die echte Übergewinnsteuern eingeführt
haben, stellen dabei auf einen Vergleich mit den Gewinnen der vergangenen Jahre ab. Das ist
ein Modell, das international in solchen Krisenzeiten auch immer üblich war. Letztlich hat die
Regierung, was die Mineralölindustrie betrifft nur die Minimalvorgaben der EU umgesetzt. Dabei
durften die Mineralölkonzerne sogar im ersten Halbjahr 2022 – wo die Spritpreise an den
Tankstellen besonders hoch waren – den gesamten Übergewinn behalten. Die Regierung hat also
weder in die Preisbildung eingegriffen, noch mit einer echten Übergewinnsteuer zumindest für
einen sinnvollen budgetären Beitrag zur Finanzierung der Einmalzahlungen von den
Energiekonzernen gesorgt.

Zumindest bis die strukturellen bzw. krisenbedingten Probleme des Energiemarktes gelöst
werden, sollen die Übergewinne systematisch abgeschöpft werden. Der „normale“ Gewinn wird
dabei weiterhin mit dem regulären KÖSt-Satz besteuert. Zum Vergleich: In den USA wurden
während des Zweiten Weltkriegs ebenso Übergewinnsteuern eingeführt. Der Steuersatz dafür
betrug bis zu 90%.

Dabei ist auch zu bedenken, dass teilweise die gleichen Unternehmen, die über Jahre und
Jahrzehnte hinweg mit Steuermittel subventioniert wurden nun diejenigen sind, die auf Kosten
derselben Steuerzahler:innen heute Rekordgewinne schreiben. Dieser Vorgang treibt die
Privatisierung von Gewinnen und die Sozialisierung von Verlusten in – selbst für
marktwirtschaftliche Verhältnisse – bisher komplett unbekannte Höhen.

Diese Übergewinne zu besteuern und den Menschen zurückzugeben ist nicht nur eine Frage der ökonomischen Zweckmäßigkeit. Es ist vielmehr noch eine Frage der politischen Moral und des viel zitierten „Anstands“.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

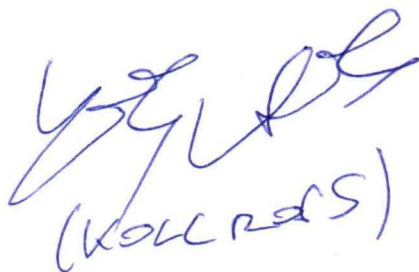
Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend ein Maßnahmenpaket zuzuleiten, welches die Übergewinne von Energiekonzernen – auf Basis eines Gewinnvergleichs mit den Vorjahren - in Österreich tatsächlich abschöpft. Die Steuereinnahmen sind hierbei für die Finanzierung von Anti-Teuerungsmaßnahmen – wie der Etablierung einer schlagkräftigen Anti-Teuerungskommission - zweckzuwidmen“.

Wolfgang
(LÄHMEN)


Schatz

C. Ecker
(Cornelia Ecker)


(KOLLEDERS)


(EISEN)